

LIBERAL .NRW

02
21

Chancenland

Jetzt erst recht.

73./74. Ordentlicher Landesparteitag
der FDP NRW – erster digitaler Parteitag!

Das FDP-Magazin von Partei und Fraktion in Nordrhein-Westfalen

Pandemische Leitlinien

Eigenverantwortung
statt Verbote

Bundesparteitag

Nie gab es
mehr zu tun

Aufstiegschancen

Polizeiausbildung für mittlere
Schulabschlüsse

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde,

die dritte Welle der Corona-Pandemie ist eingedämmt, inzwischen ist weit mehr als jede und jeder zweite Erwachsene geimpft und die vielen Einschränkungen des Lebens entfallen. In Nordrhein-Westfalen haben wir Freie Demokraten darauf gedrungen, dass wir Öffnungsschritte in klaren Stufen definieren und auch schon eine langfristige Perspektive für die kommenden Wochen aufzeigen.

Dass sich die Pandemie abschwächt, ist nicht nur gut für unser Zusammenleben, es eröffnet politisch Chancen: Endlich können auch andere zentrale Zukunftsfragen im Mittelpunkt der politischen Debatte stehen. Vor uns liegt mit der Bundestagswahl eine Richtungsentscheidung am Ende einer zuletzt lähmenden Ära Merkel. Wir Freien Demokraten sind, mit einem starken Team und Christian Lindner an der Spitze, bereit, Verantwortung zu übernehmen und die Zukunft unseres Landes mitzugestalten.

Denn: Nie gab es mehr zu tun! Und deswegen haben wir ein starkes Bundestagswahlprogramm mit vielen guten Ideen beschlossen. Zum Beispiel wollen wir unseren Erfolg aus der Regierungsarbeit in Nordrhein-Westfalen, die Talentschulen in Stadtteilen mit besonderen Herausforderungen, bundesweit ausrollen. Wir wollen die Digitalisierung in Deutschland mit mehr Tempo voranbringen – auch hier ist NRW mit liberaler Regierungsbeteiligung Vorbild!

Der Blick auf die Umfragen zeigt, dass der Kurs der Freien Demokraten in der Pandemie und darüber hinaus Zustimmung findet. Doch wir wissen, wie flüchtig solche Werte sind. Umso erfreulicher ist es, dass sich die Zustimmung in Sachsen-Anhalt auch am Wahltag in Stimmen niedergeschlagen hat und die Freien Demokraten in den Landtag zurückgekehrt sind. Mit diesem positiven Signal gilt es nun, die kommenden Wochen und Monate konzentriert weiterzuarbeiten und möglichst viele Menschen im Bundestagswahlkampf von uns und unseren Argumenten zu überzeugen.

Auf diesen gemeinsamen Wahlkampf mit Ihnen und Euch freue ich mich!

Ihr

Joachim Stamp



Dr. JOACHIM STAMP
Landesvorsitzender
der FDP NRW



[twitter.com/
JoachimStamp](https://twitter.com/JoachimStamp)



[facebook.com/
drjoachimstamp](https://facebook.com/drjoachimstamp)

IMPRESSUM

Herausgeber:

FDP-Landesverband NRW und
FDP-Landtagsfraktion NRW

Redaktion:

verantwortlich für Inhalt und Seiten des
Landesverbandes: Mirco Rolf-Seiffert;
verantwortlich für Inhalt und Seiten der
Landtagsfraktion: Nadja Wilkins

Anschrift der Redaktion:

FDP NRW, Wolfgang-Döring-Haus,
Sternstraße 44, 40479 Düsseldorf,
nrw@fdp.de;
FDP-Landtagsfraktion NRW,
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,
fdp-fraktion@landtag.nrw.de

Verlag:

Liberaler Wirtschafts-Dienstleistungs GmbH

Redaktionsschluss:

08. Juni 2021

Gestaltungskonzept, Layout und Satz:

LOCKVOGEL – Werbenest Hamburg,
Hütten 82, 20355 Hamburg

Gedruckt auf:

Umschlag: Circle Offset – IGEPA;
Innen: Holmen TRND – IGEPA

Druck und Produktion:

Beisner Druck GmbH & Co. KG,
Müllerstr. 6, 21244 Buchholz

FÜR UNSERE ZUKUNFT

Die LIBERAL.NRW wird
aus nachhaltigen Papier-
produkten hergestellt.

Unsere Papierauswahl ist
FSC®-zertifiziert.



UND WAS BEDEUTET DAS?

Weitere Informationen zu
FSC®-Zertifizierungen erhalten
Sie online unter:

www.fsc-deutschland.de

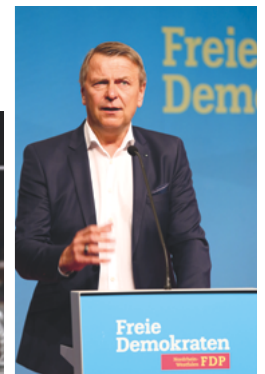
LANDESVERBAND
LANDESPARTEITAG

Chancenland Jetzt erst recht.

Erster digitaler Landesparteitag der FDP NRW mit Wahl des Landesvorstandes.

Der 73./74. ordentlichen Landesparteitag war für die Freien Demokraten in Nordrhein-Westfalen eine Premiere: Dies war der erste digitale Parteitag des Landesverbandes. Und diese Premiere ist gelungen! Neben den nachzuholenden Vorstandswahlen stand die Erneuerung des Aufstiegsversprechens im Mittelpunkt der programmatischen Beratung.

„Chancenland – jetzt erst recht! Das ist unser Programm, unser Leitantrag, unsere Haltung. Jede und jeder soll seine Talente frei entfalten können – unabhängig von der Herkunft“, betonte daher Joachim Stamp, Landesvorsitzender der FDP NRW, direkt zu Beginn seiner Rede. Um das zu erreichen, fordert die FDP NRW unter anderem einen Ausbau des Talent-Scoutings sowie das landesweite Ausrollen der Talentschulen. Auch ein Dreiklang für bezahlbares Wohnen wurde beschlossen: Die Freien Demokraten fordern einen Freibetrag bei der Grunderwerbsteuer, Anreize für weitere Investitionen in den Mietwohnungsbau und durch die Erprobung von Modellen des „Sozialen Wohnungskaufs“ mehr Chancen für Mieterinnen und Mieter, selbst Eigentümerinnen und Eigentümer werden zu können. „Die Bedingungen für sozialen Aufstieg durch eigene Leistung, eigene Kreativität, Neugier und Leidenschaft und gute Rahmenbedingungen für Unternehmertum zu verbessern, ist auch das beste und nachhaltigste Konjunkturprogramm, das wir für Deutschland gerade für die Zeit nach der Pandemie auflegen können. Wir brauchen dafür die Kraft des Fortschritts und genau diese stärken die Freien Demokraten mit ihrem Beschluss“, erklärte Generalsekretär Johannes Vogel.





Landesparteitag verpasst? Die Videos der Reden können Sie jederzeit hier ansehen:



Alle Wahlergebnisse finden Sie hier:



Beschluss „Chancenland – jetzt erst recht!“:



In seiner Rede bezog Joachim Stamp auch zu der aktuellen Debatte um die Ausgangssperre Stellung und betonte die fehlende Verhältnismäßigkeit. Man müsse weiterhin Kontakte beschränken, nicht die Menschen über Nacht in ihren Wohnungen einsperren. Er kritisierte zudem den Vorsitzenden der SPD NRW, der öffentlich erklärt hatte, er wolle abends Kontakte „erwischen“ und damit die Ausgangssperren rechtfertigen. „Was ist das für ein Rechtsverständnis? Wir wollen keine Bürger erwischen, sondern das Virus. Und das haben wir in NRW allein 35.000 Mal in unseren Testzentren getan. Das sind 35.000 Infizierte, die andere sonst potenziell angesteckt hätten“, so Joachim Stamp.

Joachim Stamp erhielt bei seiner anschließenden Wiederwahl zum Landesvorsitzenden 90,4 Prozent. Damit wurde er bereits zum dritten Mal in Folge mit über 90 Prozent gewählt. Als seine Stellvertreter wurden Angela Freimuth und Alexander Graf Lambsdorff bestätigt. Otto Fricke übt weiterhin das Amt des Schatzmeisters aus, Johannes Vogel bleibt Generalsekretär. Die Wahlen wurden im Anschluss per Briefwahl bestätigt. ■



LANDESVERBAND
BUNDESTAGSWAHL

FDP NRW für Bundestagswahl aufgestellt: Christian Lindner führt Landesliste zur Bundestagswahl an

Die FDP NRW hat sich im März in Dortmund auf die Bundestagswahl 2021 vorbereitet und ihre Landesliste gewählt. Bei der Landeswahlversammlung zeigte die Partei, wie Schnelltests und ein sehr strenges Hygienekonzept auch während der Pandemie Präsenzveranstaltungen möglich machen können.

„Wir gingen eben durch Schleusen, Barcodes wurden gescannt, es wurde die Körpertemperatur gemessen, wir haben einen Schnelltest absolviert, konnten mittels einer App das Ergebnis sehen. Wir sitzen hier mit Abstand und mit Maske. Mir zeigt das eines: Mit intelligenter Logistik ist demokratisches Leben hier für die FDP möglich, mit intelligenter Logistik wäre aber auch mehr gesellschaftliches und wirtschaftliches Leben für alle möglich“, stellte auch Christian Lindner klar, der von 96,9 Prozent der Delegierten zum Spitzenkandidaten der nordrhein-westfälischen Freien Demokraten gewählt wurde. Die FDP sei bereit zur Übernahme von Verantwortung für die Bundesrepublik Deutschland, erklärte er in seiner Rede: „Wir kämpfen darum, noch stärker zu werden, als wir es jetzt sind. Unser Ziel ist, dass die FDP nach der Bundestagswahl bei der Regierungsbildung mitspricht, weil es ohne uns keine Mehrheit gibt.“ Wenn Deutschland von der FDP mitgestaltet werde, dann stärke das eine Politik für Freiheit, Weltoffenheit und wirtschaftliche Vernunft.

Auf die ersten fünf Plätze wurden neben Christian Lindner Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Alexander Graf Lambsdorff, Dr. Marco Buschmann und Johannes Vogel gewählt. ■

In der nächsten Ausgabe stellen wir Kandidatinnen und Kandidaten der FDP NRW zur Bundestagswahl vor.



Die Bewerbungsreden können Sie sich in voller Länge noch einmal ansehen:



Interviews mit den ersten 20 Kandidatinnen und Kandidaten:





Im Gespräch zum Chancenland

Der Leitantrag beim digitalen Landesparteitag wurde in diesem Jahr mit einem Talk von Johannes Vogel mit externen Impulsgebern eingebracht. Das folgende Gespräch ist ein Auszug des Talks mit Katja Urbatsch, Catharina Bruns, Prof. Dr. Michael Fratzscher und Suat Yilmaz.

Vogel: Es geht uns um die Erneuerung des Aufstiegsversprechens. Es geht darum, die Essenz des Liberalismus zu betonen, nämlich, dass wirklich jede und jeder eine faire Chance hat, den eigenen Traum zu leben. Die Arbeit für Chancengerechtigkeit ist besonders nach der Krise notwendig. Wir werden als Gesellschaft aus dieser Krise herauswachsen müssen und das geht nur, wenn wir die Stärken unserer Gesellschaft herausarbeiten: Marktwirtschaft und Unternehmertum, Globalisierung und Offenheit für Neues, Einwanderungsland und offene Gesellschaft. Das macht uns als offene Gesellschaft stark. Wir können es uns deswegen nicht leisten, auch nur ein Talent in unserer Gesellschaft zu verschenken. Über das Aufstiegsversprechen unserer Gesellschaft und was für seine Erneuerung zu tun ist, wollen wir mit externen Experten sprechen. Zunächst mit Suat Yilmaz, der das Talentscouting in NRW stark vorgebracht hat. Welche Auswirkungen hat die Pandemie auf Chancengerechtigkeit und Talentförderung?

Yilmaz: Ich glaube, dass die Pandemie die Themen ein bisschen komplizierter gemacht hat. Wir haben viele Baustellen schon vorher gehabt und es wäre ein Trugschluss zu glauben, dass durch die Pandemie jetzt alles einfacher läuft. Wir kriegen jetzt in unserer Arbeit mit, dass viele junge Menschen abgekoppelt sind. Die Jugendlichen können bestimmte Einrichtungen nicht besuchen oder

bestimmte Angebote nicht nutzen. Außerdem wohnen sie oftmals in engen Räumen mit vielen Geschwistern, was sich natürlich nicht ganz so gut auf die Talentförderung auswirkt. Daher müssen wir uns Gedanken machen, welche Strategien wir für den Bildungsbereich auch nach der Pandemie entwickeln wollen. Ich glaube das ist jetzt wirklich an der Zeit, das Thema grundsätzlich anzufassen.

Vogel: Wie sieht dein Vorschlag aus?

Yilmaz: In NRW haben wir ja alle Zutaten, das ist ja das Spannende: Talentscouting, als individuellen Beratungsansatz, das Talentkolleg in Herne, eine Art Talentzentrum im Quartier, ein Weiterbildungsangebot für Lehrkräfte. Wir haben außerdem ein Schülerstipendienprogramm in NRW aufgebaut, beginnend im Ruhrgebiet. Zudem haben wir die institutionelle Förderung von Talentschulen. Das sind alles Pläne, mit denen wir vor 10 Jahren als kleine Investition begonnen haben und jetzt sehen wir, es funktioniert. Das ist die Strategie, natürlich mit der Einbindung der Zivilgesellschaft. Uns fehlt sozusagen die Skalierung und ich bin mir sicher, dass, wenn wir das in die Breite einsetzen, dass wir viele junge Menschen erreichen werden.

Vogel: Catharina Bruns, du bist in der Krise eine der starken Stimmen der Selbstständigen. Sehr oft sind Aufstiegsbiografien

auch Unternehmerbiografien. Zwei Drittel der Schülerinnen und Schüler im Teenageralter können sich vorstellen, sich später selbstständig zu machen oder zu gründen, aber nur ein Bruchteil macht das als junge Erwachsene. Woran liegt das – an der Schule?

Bruns: Ja, aus meiner Sicht schon. Denn auf dem Bildungsweg werden natürlich unternehmerisches Interesse oder auch unternehmerische Fähigkeiten überhaupt nicht abgefragt, sodass dieses gefördert oder überhaupt nur entdeckt werden könnte. Das ist nicht zeitgemäß. Der Zugang zu modernen selbstständigen Arbeitsentwürfen ist für viel mehr Leute gegeben, als das noch ein, zwei Generationen vorher der Fall war. Und wenn wir doch sehen, dass Aufstiegsbiografien sehr häufig unternehmerische Lebensläufe sind, dann ist es ja geradezu absurd, dass wir genau diese Form der Arbeit vernachlässigen und nicht Entrepreneur Education zur Selbstverständlichkeit machen.

Vogel: Welcher wäre der größte Hebel, den wir ziehen könnten?

Bruns: Meine persönliche Agenda ist natürlich Selbstständigkeit selbstverständlich zu machen und natürlich ist auf dem Bildungsweg dann wichtig, dass wir unternehmerisches Denken als selbstverständlich behandeln. Wir müssen zudem die Hürden auf dem Weg zur Selbstständigkeit abbauen. Man bekommt das Gefühl, sehr viel arbeitet gegen mich, zum Beispiel durch die sozialstaatliche Benachteiligung von selbstständigen Lebensentwürfen.

Vogel: Katja Urbatsch, du hast die Initiative Arbeiterkind gegründet. Studien zeigen ja: Waren die Eltern Akademiker, wirst du sehr wahrscheinlich selber Akademiker. Sind sie es nicht, wirst du es sehr wahrscheinlich nicht. Wie schlimm ist es mit der Pfadabhängigkeit in Deutschland?

Urbatsch: Die Pfadabhängigkeit ist sehr stark in Deutschland, da hat sich leider wenig verändert. Zum einen wird es einem natürlich nahegelegt, man hat aber auch keine Vorbilder in der Familie. Zum anderen gibt es viele Hürden, beim Studium ist das die Studienfinanzierung. Mir fällt auf, wenn wir die Arbeit der Kinder unterstützen, dann müssen sie gleich auch den Nobelpreis gewinnen. Ich finde, sie haben auch ein Recht auf eine ganz normale Erwerbsbiografie und für viele ist das schon ein Riesensprung.

Vogel: Was müssen wir denn tun, um die Pfadabhängigkeit zu ändern?

Urbatsch: Da muss sich zuallererst unsere Haltung verändern. Mein Gefühl ist, dass viele das richtig finden, dass das so ist. Das finde ich an eurem Antrag so wunderbar, dass ihr auch eine andere Rhetorik habt. Wir haben das noch so in den Köpfen, dass man erst mal auf die Eltern schaut, was die beruflich gemacht haben, und daraus leitet man ab, was du machen kannst. Davon müssen wir uns befreien. Mit dieser neuen Haltung müssen wir an die Fakten gehen und gucken, wo sind denn die Hürden. Beim Studium sind

es erst mal die Kosten, woher soll eine Familie aus Hartz 4 das finanzieren können? Dann beantragen sie Bafög und das kommt erst Monate später. Das greift alles nicht ineinander. Wenn das nicht funktioniert, dann funktioniert vieles andere nicht.

Vogel: Anders als in anderen Ländern geht in Deutschland die Vermögensschere eher auseinander. Marcel Fratzscher, Präsident des DIW Berlin, ist bei uns. Ist das so und woran liegt das?

Fratzscher: Ja, das ist so. Die Abhängigkeit von der Familie ist sehr groß. Die Hälfte unseres Einkommens durchschnittlich wird durch zwei Faktoren bestimmt: Bildung der Eltern und Einkommen der Eltern. Klar, es gibt Ausnahmen, es gibt die kleinen Einsteins. Und: Wenn einige entscheiden, ich will gewisse Stunden arbeiten und bin mit einem geringen Einkommen zufrieden, dann ist Ungleichheit nicht per se das Problem. Wichtig ist, dass alle die Freiheit haben, sich zu entfalten.

Vogel: Warum können denn so viele Menschen, gerade mit kleinem und mittlerem Einkommen in Deutschland so wenig Eigentum aufbauen?

Fratzscher: Erst mal muss man sagen, dass diese hohe Vermögensungleichheit ein Problem ist. Nicht weil die oberen zehn Prozent so viel haben, sondern das Problem sehe ich, dass wir ungefähr 40 Prozent der Deutschen haben, die praktisch kein Vermögen haben, die praktisch nicht vorsorgen können fürs Alter. Für sehr viele Menschen ist der Grund, wieso sie nichts erspart haben, dass sie einfach geringe Arbeitseinkommen haben. Wir haben einen ungewöhnlich großen Niedriglohnbereich. Es gibt fast kein Land, das Einkommen auf Arbeit so stark besteuert und Vermögen so gering besteuert wie in Deutschland. Über die Hälfte des Vermögens wurde vererbt und nicht mit den eigenen Händen erarbeitet. Außerdem haben wir in Deutschland eine ungewöhnlich geringe Eigenheimquote, also 46 Prozent, weniger als die Hälfte. Das ist gerade in großen Städten ein riesiges Problem, weil die Mietpreise explodieren.

Vogel: Das DIW macht Vorschläge zum Mietkauf. Da wollen wir mit Modellprojekten Erfahrungen sammeln. Kannst du ein bisschen erklären, wie der Vorschlag des DIW aussehen könnte?

Fratzscher: Wir haben vor einigen Jahren ein sogenanntes Mietkaufmodell vorgeschlagen. Die Idee ist, Menschen mit mittlerem Einkommen zu helfen, Eigentum zu erwerben. Viele, die überlegen, ich hätte gerne ein Eigenheim, scheitern schon daran, dass sie gar nicht den Eigenanteil gespart haben. Die Idee des Mietkaufmodells ist es, dass der Staat da hilft, also bei diesen 20 oder 30 Prozent Eigenkapital, dass jemand mit mittlerem Einkommen sich Eigentum erwerben kann. Dann zahl ich im Prinzip über die Jahre das, was der Staat mir vorgeschossen hat, zurück. Damit könnten wir 20 bis 25 Prozent der Leute erreichen. ■



TRAUMBERUF POLIZIST –

NRW ermöglicht neuen Zugang für mittlere Abschlüsse



Die FOS Polizei startet als Schulversuch zum Schuljahr 2022/23, die Bewerbungsphase hat zum 1. Juni begonnen. Der zweijährige Bildungsgang besteht in der Jahrgangsstufe 11 aus einem einjährigen Praktikum in einer Kreispolizeibehörde. Neben dem Wach- und Wechseldienst im Streifenwagen und Einblicken in die kriminalpolizeiliche Ermittlungsarbeit hält das Praktikum ein breit gefächertes Angebot weiterer Pflicht- und Wahlpflichtmodule bereit. Die Jahrgangsstufe 12 besteht dann ausschließlich aus Unterricht und schließt mit der Fachhochschulreifeprüfung ab. Zur Vorbereitung auf den Polizeivollzugsdienst werden die Schülerinnen und Schüler unter anderem in den Fächern Recht und Staatslehre unterrichtet. Der Lehrplan wird abgestimmt mit den Inhalten des späteren Bachelorstudiums an der Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung NRW.

ZUGANGSVORAUSSETZUNGEN: <<<

mittlerer Schulabschluss oder Berechtigung zum Besuch der gymnasialen Oberstufe und ein Praktikumsplatz bei der Polizei; Das 35. Lebensjahr darf am 01. September des beginnenden Schuljahres noch nicht vollendet sein. Die Bewerbung für den Praktikumsplatz erfolgt zentral beim Landesamt für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten der Polizei NRW (LAFP NRW). Nach Durchlaufen des Bewerbungsverfahrens (Prüfung der formalen, charakterlichen Eignung und medizinische Auswahluntersuchung) werden ca. 300 Praktikumsplätze vergeben.

Die FDP-Landtagsfraktion will jungen Menschen unabhängig von ihrer Herkunft Aufstiegschancen ermöglichen. Deshalb hat die FDP im Koalitionsvertrag das Ziel formuliert, Realschülern wieder den Einstieg in den Polizeiberuf zu ermöglichen.

Mit dem neu eingeführten Bildungsgang „Fachoberschule für Polizei“ (FOS Polizei) setzen wir dieses Versprechen um.

„Auch ohne Abitur kann in jungen Menschen doch großes Potential für polizeiliche Fähigkeiten stecken. Warum sollte aus einem Realschüler kein guter Polizist werden? Unter Beibehaltung der zweigeteilten Polizeilaufbahn eröffnen wir daher jungen Menschen mit mittlerem Schulabschluss wieder Karrieremöglichkeiten bei der Polizei und die Möglichkeit sich auf direktem Weg für den Polizeidienst zu qualifizieren“, erläutert Marc Lürbke, stellvertretender Fraktionsvorsitzender und innenpolitischer Sprecher. Seit rund 20 Jahren war der Zugang zur Polizei nur über einen „Umweg“ möglich. Es musste entweder die Fachhochschulreife nachgeholt oder eine Berufsausbildung absolviert werden – und dann im Anschluss das Bewerbungsverfahren für den Polizeidienst. „Wer erst einen anderen Beruf erlernen muss, um seinen Traumberuf über Umwege zu erreichen, dem macht man es schwerer als es aus unserer Sicht sein sollte“, sagt Lürbke. Dadurch verliert die Polizei Talente. „Wir brauchen in unserer Polizei Vorbilder, die unsere Gesellschaft spiegeln. Da sehen wir bei den mittleren Schulabschlüssen viel Potenzial.“

Mit der FOS Polizei erwerben die Absolventen einerseits die Fachhochschulreife und andererseits polizeispezifische Fachkenntnisse. Wer den zweijährigen Bildungsgang erfolgreich absolviert, sichert sich den Anspruch auf einen Bachelor-Studienplatz an der Polizeihochschule. „Die FOS Polizei ist eine passgenaue Lösung und gibt den jungen Menschen einen sehr klaren Einblick in den Beruf und die nötige Weiterqualifizierung, denn die Anforderungen im Polizeiberuf sind in den vergangenen Jahrzehnten gestiegen“, erläutert Marc Lürbke. ■



POLIZEI IN ZAHLEN

LANDTAGSFRAKTION

POLIZEI IN ZAHLEN

+38 Prozent
mehr Investitionen
in die Polizei seit
2016

Die Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung ist die zentrale Aufgabe eines Staates. Die Polizei kann daher auf unsere verlässliche Unterstützung zählen. Wir wollen eine Polizei auf der Höhe der Zeit, statt technisch hinterm Berg. Mit moderner Ausstattung wie dienstlichen Smartphones, besserer IT oder neuen, endlich einsatztauglicheren Streifenwagen konnte die Schlagkraft unserer Sicherheitsbehörden wieder deutlich verstärkt werden.

+400 Prozent
mehr Personal
im Kampf gegen
sexuelle Gewalt
gegen Kinder

Im Kampf gegen Kindesmissbrauch stärken wir unseren Ermittlern den Rücken. Es ist unser klarer Auftrag, die Schwächsten und Verletzlichen in unserer Gesellschaft bestmöglich zu schützen. Wir wissen zudem um die hochgradig psychische Belastung bei der Sichtung von Missbrauchsfällen und haben daher für Missbrauchsermittler eine Erschwerniszulage in Höhe von 300 Euro/Monat eingeführt.

+2.659
neue Kommissars-
anwärterinnen
und -anwärter in
2020

Noch nie wurden so viele neue Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten eingestellt – 2017 haben wir die größte Einstellungsoffensive für die Polizei in der Geschichte des Landes NRW gestartet. Die personelle Stärkung ermöglicht es der Polizei in jedem Winkel des Landes für unsere Sicherheit einzustehen. Neben den jährlichen Rekordzahlen an Kommissaranwärtern, stellen wir weitere 2500 Regierungsbeschäftigte zur Unterstützung unserer Polizei ein, die die Beamten in den Wachen konsequent von Verwaltungsaufgaben entlasten.

+1.500
Razzien gegen
Clankriminalität

NRW hat organisierter Kriminalität entschieden den Kampf angesagt. Allein im Bereich der Clan-Kriminalität gab es von 2018 bis heute über 1.500 Razzien der Polizei, es wurden über 2.100 Strafanzeigen gestellt sowie mehr als 11.000 Verwarngelder verhängt und es kam zu rund 650 Festnahmen. Der Rechtsstaat zeigt durch den hohen Kontrolldruck, dass die Probleme der inneren Sicherheit konsequent angegangen und gelöst werden. Daran arbeiten wir kontinuierlich weiter.

+38 %

+400 %

+2.659

+1.500

Wir machen NRW sicherer.

Die Bürgerinnen und Bürger sollen ein Leben in Sicherheit und Freiheit führen können, und zwar in der Großstadt genauso wie auf dem Land, bei Tag genauso wie bei Nacht. Damit dies gelingt, haben wir unserer Polizei gezielt personell, materiell und finanziell den Rücken gestärkt. Denn unsere Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten brauchen im Kampf gegen Kriminalität verlässliche Unterstützung, Rückendeckung und Wertschätzung. Ein Blick auf die Fakten belegt, dass sich unsere sicherheitspolitischen Anstrengungen gelohnt haben.



MARC LÜRBKE

Innenpolitischer
Sprecher der FDP-
Landtagsfraktion

marc.luerbke@landtag.nrw.de

Unsere Strategie gegen Kriminalität wirkt. Die Anzahl der registrierten Straftaten in NRW sinkt von Jahr zu Jahr und ist auf dem niedrigsten Stand seit 30 Jahren. Während es z. B. 2016 noch 52.000 Wohnungsbrüche in NRW gab, gelang es, diese Zahl auf 24.000 Fälle zu halbieren und damit auf den niedrigsten Wert in der Geschichte. Es gibt weiterhin viel zu tun, aber die Investitionen in die Sicherheit unseres Landes zahlen sich aus. ■

EIGENVERANTWORTUNG STATT PAUSCHALE VERBOTE BEI DER PANDEMIEBEKÄMPFUNG

HENNING HÖNE

Parlamentarischer
Geschäftsführer der
FDP-Landtagsfraktion

henning.hoene@landtag.nrw.de



Krisen gelten als Stunde der Exekutive.

Aber wenn die Krise länger andauert, sollte die Gewaltenteilung und der Einfluss der Legislative wieder an Gewicht gewinnen. Davon ist die FDP-Landtagsfraktion überzeugt. Mit der Novelle des Pandemiegesetzes wurde der Landtag als Gesetzgeber wieder gestärkt. Ein zentraler Punkt dabei ist das neue Instrument der Pandemischen Leitlinien. Der Landtag hat nun erstmals mit breiter Mehrheit Pandemische Leitlinien beschlossen, die den Geist von Eigenverantwortung und Schonung der Grundwerte widerspiegeln.

„Die Beteiligung des Parlaments bei der Pandemiebekämpfung hat für die FDP einen hohen Stellenwert. Denn schwerwiegende Eingriffe in die Grund- und Freiheitsrechte müssen in der kontroversen Debatte und dem Austausch der Argumente diskutiert und letztlich vom Gesetzgeber legitimiert werden“, erläutert Henning Höne, Parlamentarischer Geschäftsführer der FDP-Landtagsfraktion.

Mit der Novelle des Pandemiegesetzes wurde ein neuartiges Instrument eingeführt: die Pandemischen Leitlinien. Sie geben der Exekutive einen Rahmen zur Ausgestaltung der Coronaschutzmaßnahmen vor. Damit hat NRW bei der Parlamentsbeteiligung bundesweit Maßstäbe gesetzt. „Beim Formulieren der Leitlinien haben wir uns nicht ausschließlich vom Gesundheitsschutz leiten lassen. Die Pandemie hat schwerwiegende Folgen für alle Gesellschaftsbereiche und betrifft die Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger. Bei den weiterhin notwendigen Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung müssen diese Faktoren viel stärker berücksichtigt werden als in der frühen Phase“, sagt Höne. In der frü-

hen Phase der Pandemie hat die FDP angesichts des unbekanntenen Virus und der befürchteten Überforderung des Gesundheitssystems teilweise tiefgreifende Einschnitte in die Grund- und Freiheitsrechte mitgetragen.

„Inzwischen wissen wir mehr über das Virus, es gibt keine Engpässe mehr bei Masken und Schutzbekleidung, Hygieneregeln sind bekannt und akzeptiert. Es geht auch heute darum, die Überforderung des Gesundheitssystems zu vermeiden und Menschenleben zu schützen. Aber die Dauer der Pandemie hat neue Gefahren für die körperliche und seelische Gesundheit von Menschen mit sich gebracht. Wir brauchen treffsichere Maßnahmen, um beim Schutz vor Covid nicht schwerwiegende Folgeschäden an anderer Stelle zu verursachen“, erläutert Höne.

Die Pandemischen Leitlinien setzen darauf, mehr über das Virus zu erfahren und evidenzbasiert zu handeln. Sie unterstreichen die Eigenverantwortung der Bürgerinnen und Bürger und betonen die Priorität der Bildungschancen der Kinder und Jugendlichen. ■

Die Kernpunkte der Pandemischen Leitlinien

- Neues Wissen muss geschaffen, Erfahrung und Erkenntnisse müssen genutzt werden.
- Impfen ist der entscheidende Schritt heraus aus der Pandemie.
- Bildungschancen für Kinder und Jugendliche müssen als Lebens- und Zukunftschancen in besonderer Weise gesichert werden.
- Innovationen müssen stärker gefördert, genutzt und technische Lösungen vermehrt eingebunden werden.
- Eigenverantwortung der Bürgerinnen und Bürger bei der Pandemiebekämpfung muss gestärkt, gefördert und eingebunden werden.
- Die Pandemiebekämpfung muss möglichst lokal und treffsicher erfolgen.
- Es ist darauf zu achten, dass Gesundheitsschutz mehr bedeutet als die Verhinderung von Covid-19-Erkrankungen.
- Der hohe Stellenwert von Kultur und Sport für unser Gemeinwesen darf nicht vergessen werden.



NIE GAB ES MEHR ZU TUN.

LANDESVERBAND
BUNDESPARTEITAG

Die FDP-Bundespartei ist Mitte Mai zum ersten digitalen Parteitag zusammengekommen, wählte dabei turnusgemäß den Bundesvorstand und verabschiedete das freidemokratische Programm zur diesjährigen Bundestagswahl. „Unser Ziel ist es, dass Deutschland weiter aus der Mitte regiert wird“, erklärte der wiedergewählte FDP-Vorsitzende Christian Lindner.

Nach der nordrhein-westfälischen Landespartei führte auch der FDP-Bundesverband in Pandemiezeiten zum ersten Mal einen Parteitag komplett digital durch. Im Studio sprach Christian Lindner via Livestream zu den über 600 Delegierten und weiteren Zuschauern. Lindner rief die Freien Demokratinnen und Demokaten zu einem engagierten Wahlkampf auf, damit nach der Bundestagswahl keine Regierungsbildung ohne die Liberalen möglich ist. „Unser Wahlziel ist, so stark zweistellig zu werden, dass sowohl schwarz-grüne als auch grün-rotrote Mehrheitsbildungen ausgeschlossen sind.“ Der Freidemokrat erteilte außerdem Steuererhöhungen zur Bewältigung der Corona-Krise eine scharfe Absage. Im Gegenteil wolle seine Partei die Wirtschaft von Hemmnissen befreien und die Gesellschaft bis in die qualifizierte Mitte hinein entlasten. „Es ist die Marktwirtschaft, die die Pflöcke einschlägt, an denen das soziale Netz aufgehängt wird. Es ist die Marktwirtschaft, die die Mittel bereitstellt, die wir danach investieren können in Digitalisierung und Klimaschutz“, sagte er.

Der aus Nordrhein-Westfalen kommende Christian Lindner bleibt weiter der Bundesvorsitzende der FDP: Mit 93 Prozent Zustimmung statteten die Delegierten ihn mit viel Rückenwind aus, mit dem er auch als Spitzenkandidat die freidemokratische Partei im Bundestagswahl anführen wird. Der Generalsekretär der FDP NRW, Johannes Vogel, gehört nach seiner Wahl zum Stellvertretenden Bundesvorsitzenden nun zum Präsidium der Partei. Die Düsseldorferin Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann bleibt – nun als sogenannte Kurfürstin – Teil des Partei-Vorstands, auch Yvonne Gebauer, Bijan Djir-Sarai und Otto Fricke aus NRW wurden wiedergewählt. Neu dabei ist der Fraktionsvorsitzende der nordrhein-westfälischen FDP-Landtagsfraktion Christof Rasche.

Die Delegierten berieten und verabschiedeten an diesem Mai-Wochenende auch das freidemokratische Bundestagswahlprogramm mit dem Titel: „Nie gab es mehr zu tun“. 98 Prozent der Delegiertenstimmen versammelten sich hinter den Inhalten, mit denen die FDP das Land modernisieren will. Eine Forderung: Mit Talentschulen soziale Nachteile überwinden. 2017 war dies Teil des Wahlprogramms der FDP NRW und bis heute wurden schon 60 Talentschulen als Leuchttürme für Chancengerechtigkeit geschaffen. Das will die FDP nun für die ganze Republik. ■



Erneuerbare Energien ausbauen – Akzeptanz sichern

Die Energiewende ist eine Zukunftsaufgabe. Als Energieland Nummer eins hat Nordrhein-Westfalen hier eine ganz besondere Rolle. Beim Kohleausstieg geht NRW voran und nimmt als erstes Land Kraftwerke vom Netz, allein drei Gigawatt bis Ende 2022. Auch beim Ausbau der Erneuerbaren Energien wird das Land seiner Verantwortung gerecht und nimmt dabei die gesamte Bandbreite erneuerbarer Energiequellen in den Blick. Wir setzen dabei technologieoffen auf die ganze Bandbreite der Erneuerbaren: Von Biomasse aus Abfall- und Reststoffen, der Solar- und Geothermie, Photovoltaik, Wind- und Wasserkraft, Wärme aus Ab- und Grubewässern, Grubengas und allen weiteren Innovationen, die unsere Energieforschung noch zu Tage bringt. Gerade der Ausbau der Windenergie führt jedoch immer wieder zu Konflikten. Das Landeskabinett hat einen Gesetzentwurf verabschiedet, der den Abstand zwischen Wohnbebauung und Windenergieanlagen regelt und jetzt im Parlament beraten wird.

„Die Energiewende wird nur gelingen, wenn die Menschen die Maßnahmen akzeptieren. Deshalb nehmen wir die Sorgen der Betroffenen sehr ernst und suchen nach Kompromissen“, sagt Dietmar Brockes, energiepolitischer Sprecher der FDP-Landtagsfraktion. Hierfür hat die NRW-Koalition zahlreiche Maßnahmen umgesetzt wie die Novelle des Windenergie-Erlasses 2018 und die Bundesratsinitiative für eine Länderöffnungsklausel. Dennoch hat Nordrhein-Westfalen im vergangenen Jahr Windenergieanlagen mit einer Leistung von rund 285 Megawatt in Betrieb genommen. Mehr als jedes andere Bundesland.

1.000 Meter

Mindestabstand für
Windräder



Nach dem Gesetzentwurf der Landesregierung müssen neue Anlagen über einen Schutzabstand von 1.000 Metern zur Wohnbebauung verfügen. „Dieser Abstand gilt zu Wohngebäuden in Gebieten mit Bebauungsplänen und innerhalb bebauter Ortsteile. Der Anwohnerschutz wird angemessen berücksichtigt“, erläutert Brockes. Damit auch Investoren Planungssicherheit haben, soll für Anlagen, die bereits über eine Baugenehmigung verfügen, aber noch nicht errichtet wurden, sowie für vollständig vorliegende Bauanträge, Bestandsschutz gelten. Zudem erhalten Kommunen mehr Gestaltungsfreiheit. Doch wo Windenergieanlagen lokale Unterstützung erfahren, können die Kommunen über das bewährte Instrument der Bauleitplanung weitere Flächen ausweisen, die von dem prinzipiellen Schutzabstand abweichen.

Die Energieversorgungsstrategie für Nordrhein-Westfalen sieht einen Windkraftzubau von 10,5 Gigawatt bis 2030 vor. Für dieses Ziel ist auch das sogenannte Repowering von Windenergieanlagen entscheidend. „Repowering bedeutet, dass ältere Anlagen gegen moderne, leistungsfähigere Modelle ausgetauscht werden. Somit verfügt Repowering über das Potenzial, bestehende Standorte mit einer reduzierten Anzahl an Windenergieanlagen besser und effizienter zu nutzen“, betont Dietmar Brockes. Der Gesetzentwurf erlaubt den Kommunen eigene „Repowering-Masterpläne“ zu erstellen. Auf diese Weise können die Kommunen etwa entscheiden, innerhalb des Schutzabstandes nur dann eine neue Anlage zu errichten, wenn zwei alte entfernt werden.

Die FDP-Landtagsfraktion hält darüber hinaus an ihrer klaren Position zum besonderen Schutz des Waldes fest. Der Vorrang für Windkraftanlagen im Wald wurde im Landesentwicklungsplan aufgehoben. „Nordrhein-Westfalen hat ein vergleichsweise hohes Schutzniveau für den Wald erreicht, das auch zukünftig erhalten bleiben soll. Denn der Wald soll seine herausragende Bedeutung als CO₂-Speicher, sowie seinen Charakter als Erholungsgebiet behalten und gesunder Lebensraum für eine vielfältige Tier- und Pflanzenwelt sein.“ ■

KINDERSCHUTZ stärken



Der Schutz von Kindern und Jugendlichen in NRW hat für die FDP-Landtagsfraktion oberste Priorität. Die erschütternden Fälle sexualisierter Gewalt in Lügde, Münster und im Tatkomplex „Bergisch Gladbach“ haben gezeigt, dass der Schutz der Kleinsten in unserer Gesellschaft deutlich verbessert werden muss. Im November 2019 hat der Landtag die Kinderschutzkommission eingesetzt, um dem Thema politisch noch mehr Raum zu geben.

Die Kinderschutzkommission hat seither ihren ersten Jahresbericht vorgelegt. Darin wird deutlich, dass Kinderschutz kein Sprint, sondern ein Marathon ist. Experten wiesen unter anderem auf den Bedarf an flächendeckenden, individuellen Schutzkonzepten in Kitas, Schulen und Jugendeinrichtungen hin. Ein weiterer wichtiger Baustein sei die Verankerung von Kinderschutzaspekten in der Ausbildung sowie in (bestenfalls interdisziplinären) Fort- und Weiterbildungen für einschlägig Beschäftigte, die regelmäßig mit Kindern und Jugendlichen arbeiten.

Viele dieser Forderungen hat die Landesregierung unter Federführung von Familienminister Dr. Joachim Stamp und Staatssekretär Andreas Bothe bereits in ihrem umfassenden Handlungs- und Maßnahmenkonzept zum Kinderschutz aufgegriffen. „Kinder sind unsere Zukunft, deren Chancen wir von klein auf fördern wollen. Zugleich sind sie die schwächsten Mitglieder unserer Gesellschaft, die unsere Hilfe und unseren Schutz benötigen“, sagt Marcel Hafke, stellvertretender Vorsitzender sowie kinder- und familienpoli-

tischer Sprecher der FDP-Landtagsfraktion. Während der weitaus überwiegende Teil der Kinder in unserem Land in liebevollem Umfeld aufwächst, müssen einige Kinder Gewalt, Missbrauch und Vernachlässigung erleben. „Jeder Fall ist ein Fall zu viel. An dieser Stelle muss die Politik Kinder schützen und der Staat handlungsfähiger werden, um Leid frühzeitig zu beenden“, betont Hafke.

Das Maßnahmenkonzept der Landesregierung sieht vor, die Prävention zu stärken und die Aufmerksamkeit für sexualisierte Gewalt zu erhöhen. Außerdem werden im Jahr 2021 zusätzliche 6,3 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Damit wird vor allem die spezialisierte Fachberatung zu sexualisierter Gewalt ausgebaut, um gezielte und umfassende Informationsangebote sowie eine bessere Hilfestellung für Betroffene zu schaffen. Zusätzlich sollen die Rahmenbedingungen für den interdisziplinären Austausch zwischen den verschiedenen Akteuren verbessert werden. „Wir müssen die Mitarbeiter in Jugendämtern und allen Bereichen der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen noch besser für das Thema sensibilisieren und weiterqualifizieren“, sagt Jörn Freyneck, Sprecher der FDP-Fraktion in der Kinderschutzkommission.

Bundesweit nimmt NRW bereits eine Vorreiterrolle im Kampf gegen sexualisierte Verbrechen ein. Das Land hat mehrere Bundesratsinitiativen eingebracht, um dem Schutz von Kindern auch im Bund mehr Gewicht zu verleihen. Diese Arbeit wurde unlängst von dem Unabhängigen Beauftragten der Bundesregierung für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs gewürdigt, der NRW als „Avantgarde“ im Kampf gegen Kindesmissbrauch bezeichnete.

Dieser Rolle wollen wir auch in Zukunft gerecht werden: „In enger Zusammenarbeit zwischen Landtag und Landesregierung soll das vorliegende Konzept stetig ausgebaut und weiterentwickelt werden“, erläutert Hafke. ■

LANDESVERBAND

AUS DER LANDESREGIERUNG

„AUSBAU DER DIGITALEN VERWALTUNGSDIENSTE“

Das Gewerbe-Service-Portal.NRW wird zum Wirtschafts-Service-Portal.NRW: Nach dem Start mit 31 Verwaltungsleistungen kommen bis zum Sommer 41 weitere Services hinzu. Digitalminister Prof. Dr. Andreas Pinkwart sagte: „Nordrhein-Westfalen geht bei der Digitalisierung von Verwaltungsleistungen in Deutschland voran. Mit der weitreichenden Kooperation und dem Rollout zahlreicher neuer Services führen wir diese Erfolgsgeschichte gemeinsam in die nächste Phase.“ Das entlastete neue und etablierte Unternehmen ebenso wie die Behörden. „Dauerte etwa die analoge Gründung eines Gaststättenbetriebes einen oder mehrere Arbeitstage, so sinkt der Zeitbedarf über das Portal nun auf eine halbe Stunde. Das spart Gründerinnen und Gründern eine halbe Million Arbeitsstunden im Jahr. Nun bauen wir das Portal zur Allround-Plattform für digitale Serviceleistungen für die nordrhein-westfälische Wirtschaft aus,“ so Pinkwart. ■

„DU MACHST DEN UNTERSCHIED“

Mit der Werbekampagne „Du machst den Unterschied“ möchte die Landesregierung insbesondere Menschen mit Einwanderungsgeschichte für eine Ausbildung oder Tätigkeit im öffentlichen Dienst gewinnen. „Menschen mit Einwanderungsgeschichte bereichern unser Land. Dies sollte sich auch in einer modernen Verwaltung widerspiegeln. Mehr Vielfalt führt zu noch besseren Entscheidungen. Deswegen freue ich mich, dass sich so viele Menschen aus allen Behörden des Landes bereit erklärt haben, bei der Kampagne mitzumachen“, sagte Integrationsminister Joachim Stamp. ■

„WEITERQUALIFIZIERUNG FÜR KITA-HELFER“

Das von Familienminister Joachim Stamp auf den Weg gebrachte Kita-Helfer-Programm „#ichhelfemit“ unterstützt und entlastet pädagogische Kräfte in den Kindertageseinrichtungen. Die rund 5000 neu eingestellten Kita-Helferinnen und Kita-Helfer bekommen im Zuge dessen ein Weiterbildungsangebot zur „staatlich geprüften Kinderpflegerin“ beziehungsweise zum „staatlich geprüften Kinderpfleger“. Schulministerin Yvonne Gebauer erklärte dazu: „Ziel der Landesregierung ist es, die Qualität der Kitas in Nordrhein-Westfalen durch gut ausgebildetes Personal auch in Zukunft aufrechtzuerhalten, um Bildung, Betreuung und Erziehung für die Kleinsten bestmöglich zu gewährleisten.“ ■

„PAKT FÜR INFORMATIK FÜR SCHÜLERINNEN UND SCHÜLER“

Das Programmieren einer App, digitale Fertigungsmethoden oder der Einsatz von Virtual Reality: Im Pakt für Informatik arbeiten Unternehmen und Schulen außerhalb des Unterrichts praxisnah zusammen, um die Lernprozesse der Schülerinnen und Schüler in den Bereichen Informatik und Digitalisierung zu unterstützen. „In Deutschland fehlten Ende 2020 rund 86.000 IT-Fachkräfte. Dieser Mangel betrifft die gesamte Wirtschaft ebenso wie die Schulen, die Wissenschaft und die Verwaltung. Umso wichtiger ist es, Schülerinnen und Schüler schon frühzeitig für Technik, Naturwissenschaften und Informatik zu begeistern. Praxisorientierte Projekte,

wie wir sie im Pakt für Informatik durchführen, sind hierbei eine große Hilfe,“ erklärte Digitalminister Prof. Dr. Andreas Pinkwart. ■

„TEMPO BEI DER DIGITALISIERUNG DER SCHULEN“

Bisher haben die Schulträger rund 600 Millionen aus den Förderprogrammen von Bund und Land zur Digitalisierung der Schule beantragt. Schulministerin Yvonne Gebauer betonte: „Diese Landesregierung hat bei der Digitalisierung der Schulen eine Aufholjagd versprochen. Dieses Versprechen lösen wir mit größter Geschwindigkeit ein. Um zeitgemäße Bildung zu ermöglichen, unterstützen wir die Schulträger bei der Digitalisierung der Schulen mit erheblichen finanziellen Mitteln. Ich freue mich, dass die Kommunen von diesem Angebot immer stärker Gebrauch machen. Vor allem die Förderprogramme zur Ausstattung von Lehrkräften und Schülerinnen und Schülern mit besonderem Bedarf werden von den Schulträgern intensiv umgesetzt.“ ■

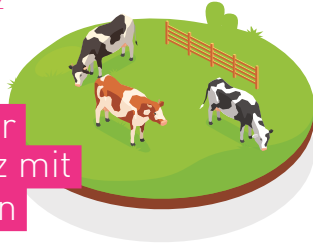


Archivfoto

LANDTAGSFRAKTION

MELDUNG // AKTIVER NATURSCHUTZ

Weidetierhaltung für aktiven Naturschutz mit Prämie unterstützen



Die Tierhaltung auf der Weide hat **positive Auswirkungen auf den Naturschutz, den Erhalt von Biodiversität und Kulturlandschaften**. Die FDP-Landtagsfraktion möchte, dass die Haltung von Schafen, Ziegen und Mutterkühen trotz fehlender Berücksichtigung in der EU-Agrarförderung und der steigenden Aufwendungen für den Herdenschutz gegen den Wolf, in NRW möglich bleibt. „Weidetierhaltung ist gelebter Artenschutz. Wenn die Landwirte sich die Weidetierhaltung nicht mehr leisten können, werden Weiden aus unserer Landschaft verschwinden und mit ihnen auch ein Stück Kultur“, erklärt Markus Diekhoff, Sprecher für Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Jagd der FDP-Landtagsfraktion. ■

LANDTAGSFRAKTION

MELDUNG // NEW WORK

Mit New Work die öffentliche Verwaltung attraktiver gestalten

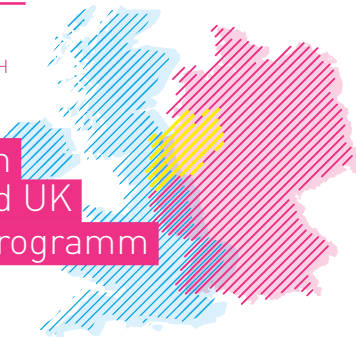


Die FDP-Landtagsfraktion will mit New Work-Modellen die **Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst attraktiver und innovativer gestalten**. Working Spaces sollen im ländlichen Raum eine neue Möglichkeit bieten, mobil zu arbeiten. „Insbesondere für Beschäftigte, die längere Pendelstrecken in Kauf nehmen müssen, um zu ihrem Arbeitsort zu kommen, kann dies ein vielversprechender Weg zur Steigerung der Arbeitszufriedenheit sein“, betont Jörn Freynick, Sprecher der FDP-Landtagsfraktion für die Enquete-Kommission „Digitale Transformation der Arbeitswelt“. ■

LANDTAGSFRAKTION

MELDUNG // BILDUNGSAUSTAUSCH

Bildungsaustausch zwischen NRW und UK durch Stipendienprogramm aufrechterhalten



Das Ausscheiden des Vereinigten Königreich aus dem erfolgreichen Programm Erasmus+ darf nicht das Ende des gemeinsamen Bildungsaustausches sein. Die NRW-Koalition aus CDU und FDP will mit einem **neuen Stipendienprogramm dafür sorgen, dass die Beziehungen zu den britischen Freundinnen und Freunden weiter intensiviert werden**.

„Die Möglichkeit, wertvolle Erfahrungen sowie berufliche und soziale Kompetenzen im Rahmen von Austauschprogrammen sammeln zu können, darf keinesfalls abhängig von der individuellen finanziellen Situation der Schülerinnen und Schüler, Studierenden und Azubis sein“, erläutert die hochschulpolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion, Daniela Beihl. ■

LANDTAGSFRAKTION

MELDUNG // HÄUSLICHE GEWALT

Mit Tarn-App Opfern von Gewalt helfen



Opfer häuslicher Gewalt brauchen Hilfe. Übergriffiges Verhalten und die Kontrolle durch den Partner macht es aber für viele Opfer extrem schwierig, sich an Behörden oder Hilfsorganisationen zu wenden. Deshalb möchte die FDP-Landtagsfraktion die Entwicklung einer Tarn-App vorantreiben. Bei einer solchen App ist der Zweck nicht auf den ersten Blick ersichtlich. Erst nach Authentifizierung durch die Nutzerin oder den Nutzer sollen die Angebote des Opferschutzportals sichtbar und nutzbar werden. „**Wir helfen damit vor allem den Opfern, denen es schwer fällt, Alarm zu schlagen und Hilfe zu suchen**,“ erklärt Susanne Schneider, Sprecherin für Gesundheit und Gleichstellung der FDP-Landtagsfraktion. ■



Claudia Cormann, geboren am 17. Februar 1963 in Würselen, zwei Kinder. Nach dem Abitur als Flugbegleiterin bei der Deutschen Lufthansa tätig. Studium der Politischen Wissenschaften und Germanistik an der RWTH Aachen, 1994 Abschluss: Magister Politische Wissenschaft. Besuch der Akademie für Neue Medien, 1990 Abschluss: Redakteurin/Reporterin für Hörfunk und Neue Medien. Seit 1990 tätig als Redakteurin/Reporterin bei Hörfunk und TV, u. a. SAT1, WDR/ARD. Mitglied des Städteregionstages Aachen seit 2011, bis 2016 Mitglied der CDU; FDP-Mitglied seit 2016; Abgeordnete im Landtag NRW seit 15. April 2021.

FRAGEBOGEN

Claudia Cormann

LANDTAGSFRAKTION

FRAGEBOGEN

Sie sind seit April 2021 FDP-Landtagsabgeordnete. Was war Ihre erste Reaktion, als Sie erfahren haben, dass Sie als Nachrückerin in den Landtag einziehen werden?

Cormann: „Unverhofft kommt oft. Riesige Freude und großen Respekt vor der Aufgabe, da ich ja auch kaum Zeit habe, mich einzuarbeiten, da der Parlamentsbetrieb ja läuft und ich mich nicht mit einem Team entwickeln kann, sondern sofort ins kalte Wasser springen muss.“

Was bedeutet liberal für Sie ?

Cormann: Die Freiheit eines jeden Einzelnen schützen, auch in Pandemiezeiten, Bürger- und Freiheitsrechte bewahren, das ist der Urkern des Liberalen. Die Verantwortung liegt erst mal bei jedem Bürger selbst und dann kommt der Staat. Der Staat sagt uns nicht permanent, was wir tun, lassen, denken, wie oder wen wir lieben, was man essen darf ... Das müssen wir erst mal selbst verantworten.

Welches Thema möchten Sie im Landtag vorantreiben?

Cormann: Besonders spannend und einzigartig in NRW ist der Kampf gegen die Einsamkeit. Dieses Thema habe ich schon seit 2017 im Blick, seitdem Großbritannien ein Einsamkeitsministerium hat. Einsamkeit ist die neue Epidemie der Industriestaaten. Das negative Gefühl des Alleinseins hat immense Folgen für die Gesundheit und damit für die Gesellschaft.

Wobei können Sie entspannen?

Cormann: Ich bin total gern mit Freunden und meiner Familie am und auf dem Wasser. Vor vielen Jahren habe ich in Indien und Sri Lanka Ayurveda und Yoga entdeckt, die uralte Lehre und die Anwendung bringen mir immer wieder viel Ruhe und Kraft. Sehr empfehlenswert, wenn man sonst in so einem hektischen Alltag steckt. ■



fdp.nrw/liberal.nrw

fdp.fraktion.nrw/liberal.nrw

Oder folgen Sie uns auf Social-Media-Kanälen.



Youtube

[Landesverband](#)
[Landtagsfraktion](#)



Facebook

[Landesverband](#)
[Landtagsfraktion](#)



Twitter

[Landesverband](#)
[Landtagsfraktion](#)



Instagram

[Landesverband](#)
[Landtagsfraktion](#)